

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 s., 1/2jährlich 1.50 s.
Prämium bei 10 Bänden, durch
die Post bezogen 1.65 s.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht bezugsbar, kostet
monatlich 10 s., 1/2jährlich 30 s.

Volksblatt

Offizielles sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld und die Mansfelder Kreise.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 16, Eingang Böbergasse.

Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle.

Motto: Für Wahrheit und Recht.

Nr. 275.

Halle a. S., Mittwoch den 22. November 1893.

4. Jahrg.

Miquels Steuerkunst.

Herr Miquel ist wirklich ein Finanzgenie, aber von der Sorte, wie es Calonne und Lud Süss waren. Diese Miquels ihrer Zeit und ihres Staates verstanden es auch, die Bedürfnisse des Volkes, die damals durch Maitresses und Güntlingwirtschaft zu ungeheuerlich waren, wie sie es durch die Militärvirtschaft heute geworden sind, in wahrhaft genialer Weise zu decken. Nur war die Sache unter dem Absolutismus leichter als heute. „Der Vater von Staat“ war damals kein konstitutioneller Wechselball mit einem demokratischen Mäntelchen behängt, unter dem er das ganze Rüstzeug der Reaktion verliert, sondern ein kräftiger und frecher Burlesk, allezeit bereit, denen von Gottes Gnade die „Staatsbedürfnisse“ zu verschaffen durch Ausraubung der Unterthanen. Was bei ihnen gar nicht zu holen, so verkaufte man die Landes„finder“ wie die Hammel ins Ausland.

So leicht ist es Herrn Miquel nicht gemacht. Er hat unter dem Aufgebote aller Weisheit seines geheimräthlichen Stabes Paragraphe zu drehen, aus denen nur der Klumpdieb den wahren Sinn erkennt, er soll Geld schaffen, ohne denjenigen zu nehmen, die am meisten davon besitzen, und dabei noch der lächerlichen, aber nun einmal modernen Forderung gerecht werden, den „kleinen Mann“ zu schonen. Da dies letztere nun nicht angeht, so muß man den Schein erwecken, als geschähe es wirklich. Diese Kunst versteht Herr Miquel. In homöopathischen Dosen, theilweise selbst, ist er mit seiner Finanzreform hervorgetreten, um den Patienten daran zu gewöhnen. 60 Millionen Steuern hieß es, seien zur Deckung der bewilligten Militärvorlagen notwendig und nachdem sich das weiße Lämmchen, genannt deutscher Steuerzahler, schon an den Gedanken gewöhnt hatte, tritt Herr Miquel mit einer Forderung von 100 Millionen auf. 40 Millionen braucht er für Lager, um den Moloch bei Bedarf sofort bedienen zu können.

Weshalb aber will Herr Miquel dies thun? Nun wie es in der Zeitschrift heißt: „das zum Teil unermessliche Anwachsen der sonstigen Ausgaben des Reiches (Molochbetriebigung) zu decken. Nach den Zusammenstellungen des Reichsstatistikbureaus werden die Mehreinnahmen des Reiches bis zum Jahre 1899 die Summe von **11417000 Mark** erreichen. Diese Summe zeigt sich aus den Erträgen folgender Steuern zusammen:

- Salzsteuer (nach der fünfjährigen Fraktion 1886/87 bis 1891/92) 3325 000 M.,
- Wegfall der Zuckerausfuhrprämien 10 400 000 M.,
- Zuckersteuer (infolge Anwachsens der Bevölkerung) 3780 000 M.,
- Spielekartenstempel (nach der Fraktion der Vorjahre) 157 000 M.,

Wechselstempelsteuer (nach der Fraktion der Vorjahre) 1525 000 M.,

Statische Gebühr nach der Fraktion 120 000 M.,

Verchiedene Verwaltungseinnahmen nach der Fraktion 1593 000 M.,

Ueberdies der Betriebsverwaltungen nach der Fraktion 3840 000 M.,

Rolle ausschließlich der Getreidezölle nach der fünfjährigen Fraktion von 1886/87 bis 1891/92 66953 000 M.,

Getreidezölle nach Maßgabe des Zuwachsens der Bevölkerung 9 Mill. M.,

Tabaksteuer nach der Fraktion der Vorjahre 1854 000 M.,

Anßerdem war in Antrag gebracht eine Position von 11 600 000 M. mit Wätsch darauf, daß schon das Jahr 1892/93 eine den Gesamtanstoß von 1893/94 um diesen Betrag übersteigende Forderung gebracht hatte.

Herr Miquel ertrug das deutsche Volk mit einem neuen Steuerhaken, das auf rein fiskalischer Ausbeutung des Volkes beruht. Er beherrschte ihm eine Tabakfabriksteuer, die den Tabak des armen Mannes mit 25—33 1/2 Proz., den des Reiches mit 5—10 Proz. trifft, mit Leinwand-, Frachtbrief- und Oberpostzöllen, finanzielle Maßnahmen, die bantrotte Staaten wie Oesterreich und Rußland schon vor 50 Jahren als „Reformen“ einführen.

Aber hierin erschöpft sich Herr Miquels Finanzkunst nicht. Um das ungeheuerliche fiskalische Raubsystem seiner Steuerprojekte nicht in völliger Nacktheit erscheinen zu lassen, tritt er zugleich mit einer „Reichsreform“ auf die Bühne. Dieses finanzministerliche Reibelbild zerstückt bei näherer Betrachtung in nichts. Herr Miquel will nämlich die Einzelstaaten und gewiß auch einen Teil der Abgeordneten mit dem Räder loden, daß er die Matricularbeiträge befreitigt und dem Reiche die Verpflichtung auferlegt, den Einzelstaaten aus den Erträgen der Reichsteuern ein Triakgeld von 40 Millionen zu entrichten, wofür das Reich als Entschädigung den überbleibenden Ertrag der Zölle und Steuern für sich behält. Die Frankfurter Reichsversammlung, nach welcher der Reichstag seine Zustimmung zur Verwendung der aus den Zöllen zu fließenden Reichseinnahmen zu geben hatte, sobald dieselben die Summe von 130 Millionen übersteigen, ist damit befreitigt, zugleich auch ein gut Teil des Bewilligungsrechtes des Reichstages.

Diefer hätte bei Annahme der „Reform“ des Herrn Miquel nichts zu thun als Steuern oder Anleihen zu bewilligen, womit er allerdings dem Ideal einer Volksvertretung im Sinne des Großausbeuterrums in Stadt und Land ziemlich nahe käme. Da Herr Miquel ein guter Preuze ist, handelt er nach dem Grundsätze des Saum cuique! Er räumt dem Reichstage das „Recht“ ein, falls sich ein Defizit im Reichshaushalt ergibt, dies durch Zuschlag zu den Verbrauchssteuern zu decken. Da der Reichstag dies Recht schon längst besitzt, so enthält die Bestimmung den verfluchten Sinn: der Reichstag ist verpflichtet, durch Zuschlag zu den Verbrauchssteuern das Reichsdefizit, welches eigentlich zur verfassungsmäßigen Institution des Reiches erhoben werden sollte, zu decken. Der tiefer Sinn dieses fiskalischen Spieles ist: Um allen „demokratischen“ Ansprüchen gewisser Volksvertreter auf Entlastung des Volkes und Befreiung der besitzenden Klassen, wie z. B. durch eine Reichseinkommensteuer einen Miquel verweigern, werden alle ferneren Ansprüche des Volkes auf die breiten Schultern der armeren Klassen gelegt! Giebt es etwas Besseres für einen Finanzminister? Braucht der Moloch Geld, so hat der Reichstag 1892/93 die Mittel zu bestimmen auf das Salz, auf Zucker, auf Branntwein, auf Tabak, Wein und Bier. „Die Waage muß es bringen“ ist Herr Miquels wie aller tüchtigen Reichsfiskalen Wahlspruch.

Wird der Reichstag diesem Prinzip folgen? Er muß es! Mag auch die Reichsreform vielleicht nicht oder nicht in der vorgeschlagenen Weise angenommen werden, die Bewilligung der geplanten Verbrauchssteuern ist sicher. Aber selbst für erstere sind große Chancen vorhanden. Das ursprüngliche Defizit wird durch den 25 Millionen betragenden Anstoß an dem geplanten 40 Millionen Triakgeld der Einzelstaaten gedeckt, und die verbleibenden Abgeordneten werden daher begiertere Anhänger dieser „Reform“ ihres chronischen Defizits sein. Denn immer mehr wird der preussische Staatsparasitismus zum Maßstab der Reichsfinanzpolitik. Um die direkten Steuern in Preußen nicht zu erhöhen, um die Stützen des Militärstaates nicht ins Wasser zu bringen, muß das deutsche Volk bluten.

Das ist der letzte Schluß von Herrn Miquels finanzministerlicher Weisheit. Er läßt sein Amt auf als Fiskalminister in erster des Molochstaates, er weiß, daß er dazu da ist, Geld, Geld und wieder Geld für dieses Ungeheuer, das die Völker grimmiger ausplündert als der Absolutismus, herbeizuschaffen. Er ist der Finanzminister der herrschenden Klassen, die er schon und denen er die finanziellen Mittel ihrer Herrschaft herbeibringt. Aber das thut Calonne und Lud Süss auch, und der eine wurde verbrannt, der andere gehängt.

Herr Miquel hat dieses Schicksal nicht zu gewärtigen; der Moloch wie der Kapitalismus finden keinen besseren Mann, und sollte die Kunst des Erkommens wirklich einmal verlernt, so ist es auch mit dem militärisch-kapitalistischen Anebenenteile zu Ende. Einmaligen sorgen die Steuerkünste des Miquel und seiner Nachfolger für eine gründliche Abwirthschaftung des herrschenden Systems.

Bürger! Parteigenossen! Agitiert für den Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten bei der Stadtverordneten-Wahl in Halle a. S.

6) Das Drama von Melbourne.

Roman von A. W. Harme. Deutsch von A. Geisel.

(Nachdruck verboten.)

„Verantwortung? Für was?“ lautete Frau Habeltons befragte Erregung.

„Für alles, was aus Ihrem Schweigen entstehen kann,“ sagte Gorbly mit Nachdruck.

„Gott soll mich behüten, ich will keine Verantwortung tragen,“ jammerte Frau Hofine; „ich werde Ihnen sagen, was ich weiß, Herr Gorbly, und wenn er unzulänglich ist, mag Gott ihm heraushehlen.“

„Gewiß, das ist auch meine Ansicht von der Sache,“ nicht der Detektiv, „also magen Sie's kurz, Frau Habelton.“

„Das will ich; 's ist ohnehin nicht übel, was ich zu sagen habe. Sie müssen wissen, daß ich früher mich mit Nähen, Putzen und Krankenpflege durchbrachte, Herr Gorbly, aber es hat alles seine Schattenseiten, und eine Witwe muß sich ducken. Na, so dachte ich's mit dem Vermieten zu probieren, ich gab ein Zinzer auf und vor etwa zwei Monaten bezog Herr Oliver Weiß meine möblierte Wohnung.“

„Nennen Sie mir Herrn Weiß' Aussehen ungefähr an,“ fragte Frau Habelton. — „O ja, er war mittelgroß, mit dunklem Haar, dunkler Gesichtsfarbe und glattrasiertem Gesicht; er sah soweit ganz fein und anständig aus.“

„Erinnern Sie sich eines besonderen Kennzeichens?“ — „Frau Hofine dachte nach. — „Er hatte ein Mal an der linken Schläfe,“ sagte sie dann, „aber man sah dasselbe nur selten, da er sein Haar so steifelte, daß die Stelle verdeckt wurde.“

„Kein Zweifel, er ist der Tote,“ murmelte der Detektiv bedächtig vor sich hin. — „Der Weiß jagte mir, er sei erst vor kurzem von England nach Australien gekommen,“ fuhr Frau Hofine fort. — „Aha,“ nicht Gorbly, „deshalb hatte er auch keine Freunde, die seine Leiche identifizierten.“

„Er mietete die Wohnung einstellweil für sechs Monate und zahlte wöchentlich im voraus, so daß er mir antändlicher und ordentlicher erschien, als die meisten Männer, die ich bisher gekannt. Jeden Abend ging er aus, er sagte mir, er habe hier viele Freunde.“

„Wissen Sie Näheres über diese Freunde?“ fragte Gorbly gespannt. — „Nein, Herr Weiß war sehr verschlossen und ich erfuhr nie, wohin er abends ging. Aber darin sind alle Männer einander gleich; entweder sie schweigen, oder sie sagen der armen Frau, sie wollen auf Arbeit gehen, während sie sich ins Wirtshaus setzen. Eins aber erfuhr ich doch von Herrn Weiß, er sagte mir eines Tages, er werde eine reiche Erbin heiraten.“

„Ah, wirklich, der Glückliche,“ nicht Herr Gorbly, der offenbar vergaß, daß der „Glückliche“ längst tot war.

„Ein einziger Freund kam öfter hier ins Haus,“ berichtete Frau Habelton weiter, „es war ein Herr Woreland, und die beiden verkehrten wie Brüder miteinander.“

„Um, wie sah dieser Herr Woreland aus?“

„O, sein Aussehen war nicht übel, aber sein Wesen gefiel mir sehr wenig,“ sagte Frau Hofine, indem sie die Raie rümpfte, „ein altes Sprichwort sagt: „schön ist, wer schön handelt, und davon habe ich bei dem Wajsch wenig gesehen.“

„Wo wäre dieser Herr Woreland wohl zu finden?“ fragte Gorbly nachdenklich. — „Na, das kann ich nicht sagen, er war sonst regelmäßig jeden Tag hier, aber seit Herr Weiß nicht mehr heimkam, habe ich auch seinen Freund nicht mehr gesehen.“

„Gi, das ist freilich ponderbar,“ rief Gorbly lebhaft; „er scheint demgemäß gewohnt zu haben, daß er Herrn Weiß nicht hier antreffen würde. Zu welchen Stunden pflegte er denn für gewöhnlich zu kommen, Frau Habelton?“

„Meistens gegen Abend, und dann gingen beide zusammen fort.“ — „Nun, vielleicht kommt er doch nochmals hierher,“

ich will heute gegen Abend vorbeigehen und hören, ob er Laufe des Tages da gewesen ist. Erhielt Herr Weiß niemals andere Besuche?“

„Lassen Sie mich nachdenken, Herr — ja, vor etwa vierzehn Tagen kam auch ein anderer Herr, um Herrn Weiß zu besuchen. Er war groß und schlank, trug einen hellen Rock und weichen dunklen Fjshut.“

„Die Beschreibung stimmt,“ murmelte Herr Gorbly, und dann sagte er laut: „Bitte Frau Habelton, fahren Sie fort. Der Herr trug also einen hellen Rock?“ sagten Sie, vermutlich einen hellen Anzug?“

„Nein, er trug schwarze Abendkleidung und über denselben einen hellen Ueberzieher.“ — „Nawohl, der Herr fragte nach Herrn Weiß, und nachdem ich ihn in dessen Zimmer gemeldet, schloß er die Thür hinter sich. Ich ließ hier an meiner Währe, und die Herren sprachen so laut, daß der Schall ihrer Stimmen bis hierher drang — ich hörte beide stetig schreien, und Herr Weiß schaute sogar. Als mir der Kärm zu toll ward, ging ich auf den Storbord, um Herrn Weiß zu bitten, sich zu maßigen; in demselben Augenblick trat der Fremde aus dem Zimmer, und die Thür fiel frachend ins Schloß. Gleich darauf rief Herr Weiß die Thür wieder auf und schrie dem andern nach: „Sie ist mein, und wenn Sie sich auf den Kopf stellen, bleibt's doch dabei!“ das wollen wir abwarten,“ entgegnete der im hellen Ueberzieher drohend; „sie ich zugebe, daß sie die Ihre wird, tätere ich Sie, und wenn ich auf offener Straße thun müßte!“

„Ah, sagte er das wirklich?“ fragte Herr Gorbly atemlos. — „So wahr ich hier vor Ihnen sitze; die Thüre ist emuiert, seitdem sie so heftig zuemorken wurde, und ich habe kein Geld für solche Reparaturen, sonst hätte ich dieselbe längst wieder in Stand setzen lassen.“ (Fortsetzung folgt.)

Kundschau.

Das Geld in steuerstatistischer Beleuchtung.
Eine Berücksichtigung der Umstände, welche die Leistungsfähigkeit des Steuerzahlers beeinträchtigen, ist bekanntlich im preussischen Einkommensteuergesetz dahin vorgesehen, daß bei dem Einkommen bis zu 3000 Mark das Vorhandensein von drei oder mehr Kindern die Ermäßigung um eine Stufe nach sich zieht und daß bei den darüber hinausgehenden Einkommen bis 9500 Mark eine Ermäßigung von der Prüfung der einzelnen Fälle abhängig gemacht wird. Ueber den finanziellen Effect dieser Bestimmungen werden jetzt offiziös nähere Angaben gemacht. Es sind auf Grund der ersten Bestimmung im Jahre 1892/93 nicht weniger als 154566 Steuerpflichtige von der Einkommensteuer gänzlich befreit und 543408 in eine niedrigere Stufe herabgezogen worden. Der daraus für die Staatskasse erwachsende Anfall beläuft sich auf 3456138 M. Die andere Bestimmung ist bei 52963 Steuerpflichtigen mit der Wirkung zur Anwendung gelangt, daß ein Erlös von 543410 Mark stattgefunden hat. Bei nicht weniger als 750937 Steuerpflichtigen ist demnach eine Berücksichtigung besonderer, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigender Umstände eingetreten. Das ist ein recht beträchtlicher Prozentsatz der gesamten Steuerpflichtigen, meinen die „Berliner Politischen Nachrichten“.

Die „Germania“ aber meint:
Man darf diese Dinge nicht allein von fiskalischen Gesichtspunkten aus betrachten und das Bedauern über den Ausfall von rund 5 Millionen für die Staatskasse in den Vordergrund drängen. Viel wichtiger ist es, daß durch diese Bestimmungen im Einkommensteuergesetz es ermöglicht worden ist, eine gerechtere Steuerbelastung vorzunehmen und die Umstände zu berücksichtigen, welche die Leistungsfähigkeit der Steuerzahler beeinträchtigen. Das ist die Wohlthat dieser Bestimmungen und 150000 armen Familien und 540000 Steuerzahlern aus dem Mittelstande zu gute gekommen ist, ist besonders erhellend.
Eine Wohlthat! Ja freilich, aber viel wohlthätiger würde es allgemein empfunden werden, wenn die 750937 Steuerpflichtigen in der Lage gewesen wären, auf Grund ausreichenden Einkommens ihre Steuern zahlen zu können! Freilich nicht auf das fiskalische Interesse kommt es hier an, wohl aber in hohem Grade auf das volkswirtschaftliche. Der Ausfall von nahezu 5 Millionen Mark Steuern beweist, daß jene hunderttausende von Steuerpflichtigen zusammen etwa mindestens 500 Millionen an Subsidienmitteln zu wenig gehabt haben.

Zur Bekämpfung der Anträge Gröber, Hise und Genossen. Die Gewerbeordnung betreffend, sind letzten Sonntag die von der Deutschen Schriftstellergesellschaft und der Vereinigung Berliner Schriftschreiverlegere u. d. gewählten Komitees unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Albert Träger zu einer Sitzung im Klub der Deutschen Schriftstellergesellschaft zusammengetreten. Das Komitee faßte die folgende Resolution:

Die am 19. November 1888 im Klub der Deutschen Schriftstellergesellschaft zu Berlin verammelten Vertreter des Buchhandels, der Schriftstellerei und der Buchverleger erklären, daß die in dem Antrage Gröber, Hise und Genossen auf Abänderung der Gewerbeordnung beschlossene Einschränkung der Gewerbefreiheit nicht nur von der verwerflichsten Wirkung für die Existenz des gesamten Buchhandels, sondern auch von gleich veränderndem Einflusse auf die Gewerbebetriebe aller an der Erzeugung von Büchern, Zeitdrucken u. d. beteiligten Kreise, also der Schriftsteller, Künstler, Buchdrucker, Buchbinder, Papierfabrikanten, Lithographen, Lithographen, Papierhändler, Schriftsetzer, Galvanoplastiker und der Maschinenindustrie u. s. w.

Die einstimmige Ansicht der Verammelten geht deshalb dahin, daß die Annahme des genannten Antrags einen den Erwerb dieser Kreise toll läshenden und viele tausende von Erwerbslosigkeiten herbeiführenden Einfluß haben würde.

Die Anträge Gröber, Hise und Genossen zum Geleze erhoben, werden ferner der allgemeinen Volkswirtschaft, in der das deutsche Volk die Würdigen seiner Wadstellung zu suchen hat, den schwersten Schlag versetzen.

Darum halten es die Verammelten für dringend geboten, daß insofern die in ihrem Erwerb bedrohten Kreise, wie die zu Hütern der idealen Güter unseres Volkes berufenen Männer sich zusammenzureihen, dem drohenden Angriff zu begegnen.“

Das preussische Landtagswahlrecht findet wohl seine schärfste Beurteilung durch die geringe Beteiligung der Wähler an den Urwahlen. In Berlin haben z. B. nach einer von Magistrat aufgestellten Statistik von insgesamt 347782 Urwählern nur 50369, d. h. 14,48 Proz. von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Bei der verletzten Wahl im Jahre 1888 waren es noch 25,10 Prozent, das letzmal auf 10 Proz. weniger. So fällt dieses miserable Wahlstimm in sich selbst zusammen.

Bedeutende Gehaltsveränderungen haben die Dresdener Stadtwähler ihren Bürgermeistern, Stadträten u. d. bewilligt. Der Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters wurde bereits von 10000 M. auf 15000 M. erhöht, der zweite Bürgermeister bezieht 11000 M. und nun wurde ihnen auch ein dritter Bürgermeister beigegeben, der 10000 M. Gehalt bezieht. Ferner beziehen an jährlichen Gehältern: Der erste beidseitige Stadtrat 8700 M., der zweite 8400 M., der dritte 8100 M., der vierte 7700 M., der fünfte 7400 M., der sechste 7100 M., der siebente 6700 M., der achte 6300 M. und der neunte 6000 M. Das ergibt bei den Stadträtsstellen eine Zulage von 600, 400 und 300 M. (!) Weiter erhalten die beidseitigen Stadträte noch in dem Falle, daß sie innerhalb 6 bzw. 12 Jahren nach Eintritt in ihre jeweilige Stelle nicht in eine mit mindestens 600 M. höher beidseitige Staatsstelle einrücken, zwei Dienstalterszulagen von je 600 M. und zwar die erste nach sechs, die zweite nach zwölf Jahren, vom Eintritt in die betreffende Stelle gerechnet, in jedem Falle unter Voraussetzung der Zustimmung der Stadtvorordneten, gewährt. — Diese Gehaltsveränderungen erfolgen offenbar nach dem Grundsatz: „Wer da hat, dem wird gegeben.“ Um die künftigen Tagelöhner der Arbeiter, die oft nicht mehr als 2 Mark beziehen, zu erhöhen, ist natürlich für die Herren kein Geld vorhanden.

Zum Fall Gradnauer entnehmen wir der „Voss. Zig.“, daß die gleichzeitig mit Gradnauer verhafteten Soldaten und Knechten sich auch jetzt noch in Haft befinden. Die Untersuchung der Militärgerichtsbehörde scheint also nur insofern eingeleitet zu sein, als sie den Redakteur Dr. Gradnauer

selbst betraf. — Es ist danach mindestens fraglich, ob die Angelegenheit der noch in Haft befindlichen mit der des Verurteilten Gradnauer in Verbindung steht.

Die guten Titten unserer Herren Offiziere. Zur Abwechslung einmal ein Bild aus der österreichischen Armee. Der in Krenfiter erscheinende „Belehrer“ bringt in Nr. 84 unter der Aufschrift „Au offener Gasse“ folgende, die guten Titten unserer Herren Offiziere nicht gerade ins beste Licht stellende Notiz: „Der Hauptmann G. und G. kassierte eines Abends auf offener Gasse ein anständiges Mädchen, weil es ihn zu verstehen gab, daß er sich irte, d. h. daß sie keine Prostituierte sei. Auf einen Wamm, der sich des mißhandelten Mädchens annahm, zog der Offizier den Säbel. Die Mißhandelte hat gegen den „ritterlichen“ Offizier durch Dr. Dorazil die Klage eingereicht.“

Aus leicht begreiflichen Gründen ist Hauptmann G. u. d. nicht gut auf den „Belehrer“ zu sprechen. Er sorgt selbst dafür, daß jene handlungsweisen Benehmen noch längere Zeit das Stadtbild in Krenfiter bilde. Sonntag abends, den 5. November, kam er in der Kassepassalitäten des Hotels Simon, und als er dort des „Belehrer“ ansichtig wurde, kommandierte er wütend den Kellner: „Weg mit dem Saublat!“ ein weiterer Beleg für seine fittliche Höhe.

Die Duellerei ist in Desterreich ebenso zur Manie geworden, wie bei uns, und bereitet auch dort dem Begriffe von der „bürgerlichen“ und der „höheren“ Ehre immer mehr die Wege. Damit wird auch ein von dem „bürgerlichen“ abweichendes Recht zurecht gebreht, d. h. es wird der doppelte Ehre auch ein doppeltes Recht angepaßt. Das beweist recht deutlich ein Vorkommnis, über welches die Wiener „Arbeiterzeitung“ wie folgt berichtet: Der Innsbrucker Student Schlegler wurde zum Zweikampf geordert. Er schlug es ab, seine Ehre in dieser Weise zu verteidigen, da der Zweikampf sich in seiner Ueberzeugung (er war Mitglied des kaiserlichen Studentenvereins „Austria“) nicht vereinbaren ließe. Die Sache gelangte zu Ohren des militärischen Ehrengerichts und das Schlegler Referentoffizier ist, wurde er wegen dieser Duellverweigerung seiner Offizierswürde für verlustig erklärt. Die „St. Pöltener Zeitung“ brachte einen Bericht über das ehrenrührige Erkenntnis und knüpfte daran die Bemerkung, daß die ehrenhafte und feste Haltung des Beurteilten, der handhaft das Duell ablehnte, von jedem Menschen, der noch einen Sinn für Moral, Ehre und Recht hat, anerkannt werden muß. Infolge dieser Bemerkung wurde die „St. Pöltener Zeitung“ wegen Beleidigung des militärischen Ehrengerichts und des ganzen Offiziersstandes angeklagt und vom zuständigen Gerichte auch verurteilt. Die „St. Pöltener Zeitung“ referierte und das Wiener Oberlandesgericht entschied, daß die Verlobung irgend einer Handlung, die mit dem Gegebenen im Einklang steht, nicht sträflich sein kann, wenn im Gegenteil die Anpreisung einer vom Geleze verbotenen Handlung, wie die des Zweikampfes, mit Strafen nach § 305 oder 158 des Str.-G. geahndet wird. Die Mitglieder des militärischen Ehrengerichts konnten durch die Bemerkung der Zeitschrift nicht beleidigt werden, da ihre Entscheidung bedingt war durch die besonderen Ständeverhältnisse. Es ist also kein Zweifel, es giebt in Desterreich zweierlei Ehre, eine ständische und eine bürgerliche und zweierlei Recht. Für die große Masse der Bürger gilt eine andere Ehre und andere gesetzliche Vorschriften als für die kleinen, durch Kassennummern begrenzten Staat im Staat.

Der sozialdemokratische Parteitag der Schweiz findet bekanntlich den 25. und 26. November in Olten statt. Die Geschäftsleitungscommission hat für denselben, vorbehaltlich der Zustimmung des Parteitages, die folgende umfangreiche Tagesordnung aufgestellt: Wahl des Büreaus. Aufstellung der Geschäftsordnung. Wahl der Geschäftsprüfungskommission. Eventuell: Einsetzung einer Kommission zur Prüfung einer Beschwerde. Propaganda für das Recht auf Arbeit. Referent: E. Wullschläger (Basel). Ergebnisse der Wohnungsrenovierung. Referent: A. Arnold (Basel). Geschäftsbericht und Bericht der Geschäftsprüfungskommission. Bericht über den Stand der „Arbeiterstimme“. Finanzwesen der Partei. Initiative für die allgemeine unentgeltliche Krankenpflege. Referent: D. Lange (Zürich). Parteifakt. Referent: E. Wullschläger (Basel). Proportionalvertretung für den Nationalrat. Referent: P. Brandt (St. Gallen). Antrag von Genossen Zuzers: Es sei an den Bundesrat das Verlangen zu stellen, arbeitslose Schweizer aus Bundesmitteln zu unterstützen. Innere Parteiangelegenheiten. Agitation. Wahl des Vororts des nächsten Parteitages.

Arbeitslosigkeit und Auswanderung. Das eidgenössische Auswanderungscommissariat in Bern warnt ernstlich davor, gegenwärtig nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika auszuwandern. Es jagt: „Von der schweizerischen Emigration in Washington ist dem eidgenössischen Departement des Auswärtigen ein Bericht über die gegenwärtige finanzielle und geschäftliche Krisis in den Vereinigten Staaten von Nordamerika zugegangen. Es ergeht sich aus demselben, daß sich diese Krisis bei allen Berufsrichtungen, die Landwirtschaft nicht ausgenommen, sehr fühlbar macht, und daß hunderttausende von Arbeitern infolge derelben brotlos geworden sind. Wie lange die gegenwärtige Situation noch andauern wird, ist vorläufig noch nicht abzusehen.“

In Italien beteiligen sich die Sozialisten jetzt auch an den Gemeinderatswahlen, und es ist ihnen gelungen, an vielen Orten die Gemeinbewerwaltung ganz oder teilweise in die Hand zu bekommen. Von dem Sieg in Imola berichteten wir schon. Wie wir weiter erfahren, ist dort der bekannte Sozialist Co. G., der bei der letzten Kammerwahl leider unterlag, zum obersten Beamten der Stadt, zum Sindaco (Emdikus) gewählt worden.

Somit lauten die Nachrichten aus Italien gar traurig. Der Hungertypus hält seine Ernte, die Bellagra — die furchtbare Form des Hungertypus, ein langames Verschleppen des Körpers — verbreitet sich mehr und mehr, und auf der Insel Sizilien, wo der vulkanische Boden vulkanische Menschen erzeugt, hat das verzeufelnde Volk zu den Waffen gegriffen. In der Umgegend von Palermo haben mehrere

Dugend Dörfer sich erhoben, und die Rebellion greift um sich. Freilich „Rebellion“ wird das von offiziellen Telegraphen nicht genannt, sondern „Räuberumwölken“ — Brigantaggio.

Gestern hat in Belgien ein Bericht mit dem **Wahlresultat der proportionalen Vertretung** stattgefunden; derselbe zeigt, daß das neue, von allen Parteien angenommene System sich als praktisch empfiehlte. Das Wahlresultat wird von den belgischen politischen Kreisen lebhaft erörtert. Gemäß wurden: 10 Sozialisten mit 105 902 Stimmen, vier Fortschrittler mit 39 443, zwei Vlaanderen mit 31 831, ein Katholik mit 1943, 1 Liberale mit 11 651 Stimmen. Es handelte sich um die übliche Erloswahl der alle zwei Jahre auszuwählenden Mitglieder. Bemerkenswert ist der Erfolg der Sozialdemokraten.

Ein Dynamitgesetz in Spanien. Die Geschichte ist für die Regierenden bekanntlich dazu da, um nichts — aus ihr zu lernen — und so werden denn alte Fehler, auch die handgreiflichsten, immer und immer gemessenhaft wiederholt. Unter solchen Umständen kann es uns nicht Wunder nehmen, daß die spanische Regierung ein Dynamitgesetz nach dem Muster des deutschen machen will. In Deutschland wurde das Dynamitgesetz bekanntlich in der Aera der Bismarckischen Autokratie-Politik angefertigt, und es hat zur Wirkung gehabt, daß kein einziger Dynamitersch, wohl aber hunderte von unschuldigen Menschen mit schweren Strafen belegt worden sind.

Die granatvolle Dynamitexplosion in Santander. Wie nachher an die 600 Menschen in granatvoller Weise ums Leben kamen, Hunderte verwundet, viele wahllos, 58 Schiffe und die halbe Stadt zerstört wurden, wobei ein Geländeschaden von mindestens 40 Millionen Mark entstanden ist, hat seine Ursache in der Habgier des Kapitalismus. Das Schiff hatte 500 Kisten Dynamit geladen, der Kapitän hatte aber nur 20 Kisten bei der Hafenbehörde abgegeben, um die Kosten der Ausladung auf offener See zu sparen. 600 Menschen sind also der Habgier des Kapitäns oder seiner Auftraggeber zum Opfer gefallen und eine ganze Stadt ist zerstört worden. Sind solche Verbrecher nicht weit schlimmer als die Anarchisten, die aus Rache gegen die Herrschenden und um das Volk zu befreien, Bomben werfen?

Die Rüstungserschöpfung soll in Warschau entdeckt worden sein. Ein Telegramm meldet dazu: Unter dem Verbot der Teilnahme an einer Rüstungserschöpfung wurden gestern und heute gegen 80 Personen verhaftet und in der Citadelle interniert. Die Verhafteten gehören fast ausschließlich literarischen und studentischen Kreisen an. In der Stadt herrscht große Aufregung.

Die Arbeiter in den Hilfsgerben der Tabakindustrie.

Nicht bloß für die Tabakarbeiter wird die geplante Tabakfabrikation von verhängnisvoller Wirkung sein. Mit dem Tabakgerben sind auf das innigste eine Anzahl von Hilfsindustrien verknüpft, deren Geschäftsaug durch die Zustände in der Tabakindustrie unmittelbar bestimmt wird.

Es kamen hier in Frage die Kisten- und Wälsformenfabrikation, die lithographischen Anstalten, die Stein- und Buchdruckereien, die Papiererzeugung, die Zigarrenbandmacherei, die Eisengießereien und die Maschinenproduktion. Auf der Anfangs November in Eienach abgehaltenen Versammlung der Unternehmer dieser Hilfsgerbe wurde festgestellt, daß in den Hilfsindustrien ausschließlich für das Tabakgerbe etwa 13 000 Angestellte und Arbeiter mit einem Gesamtvermögen von etwa 11½ Millionen Mark an Gehältern und Löhnen beschäftigt werden. Der Wert des verwendeten Materials befreit sich darnach auf 15 700 000 Mark. Die vorhandenen Vorräte betragen 10 700 000 Mark. Die Lithographien, Prägeplatten und Wälsellen einen Wert von 4½ Millionen dar. Die Maschinen werden mit 10 600 000 Mark, die Betriebsgebäude und Werkstätten mit 15½ Millionen, die Vorräte und Frachten jährlich mit 900 000 Mark veranschlagt.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die in Mitteleuropa gezogenen Gerbe von nicht geringer Bedeutung sind. Fragen wir uns, welche Folgen die Verwirklichung der Tabakfabrikation für die in den Hilfsindustrien thätigen Arbeiter haben wird, so ist die Antwort sehr betribend.

Vergegenwärtige man sich, daß selbst nach der zu niedrigen amtlichen Schätzung der Verbrauch von Tabak um 29 Proz. zurückgehen wird, sobald der kaiserliche Vorschlag Gesetzeskraft erlangt haben wird. Die Aufträge, die die Tabakindustrie den Steindruckern, Bandfabrikanten, Kistenmachern u. i. w. erteilt, verändern sich zugleich, der Bedarf nimmt schnell ab, die Arbeitslosigkeit der Hilfsindustriearbeiter wird in erheblichem Maße verringert.

Dazu aber kommt noch, daß die Zigarrenfabrikanten, um die Mehrbelastung der Steuer wenigstens zum Teil weit zu machen, an der Verpackung und Ausstattung ihrer Erzeugnisse zu sparen suchen werden. Die Fabrikanten werden ihre Zigarren zum Teil nur noch lose und unverpackt den Abnehmern liefern, weil sie dann die 33½ Proz. Steuer auf Sortierens- und Verpackungskosten sparen. Es werden ferner die von ihnen erzeugte Ware nicht mehr so geschmackvoll und elegant verpackt und sich mit minderwertigen, wohlfeileren Bandern, Papieren, Kisten, Etiketten begnügen.

Der Mißschlag, den die Abnahme des Verbrauchs an Produkten den Hilfsgerben und die Herabsetzung der Ansprüche an die Güte dieser Produkte auf die Zustände der in den Hilfsgerben beschäftigten Arbeiter ausüben wird, muß um so schwerer werden, als ohnehin die Lage der meisten dieser Arbeiter gedrückt und ungenügend ist. Ein nicht geringer Bruchteil von ihnen gehört der Hausindustrie an. Die Hausindustriellen aber sind die Gruppe gewerblicher Arbeiter, die von vornherein unter den schlechtesten Bedingungen schaffen, die von ungenügendem entlohn, gehäht, behauptet, die einen oft bis zur Naturgerbe ausgebeuteten Arbeitstid und gesundheitsgefährliche Arbeitsräume haben, die unter

